

Peter Hennicke, Benjamin Best,
Anja Bierwirth, Dieter Seifried

KlimaGerecht

Warum wir ökologische und
soziale Fragen konsequent
verbinden müssen

In Kooperation mit dem
Wuppertal Institut und der
Earth4All-Initiative des
Club of Rome



Wuppertal
Institut



THE CLUB OF ROME

 oekom

Inhaltsverzeichnis

1 Prolog	9
1.1 Blick zurück aus der Zukunft	9
1.2 Absicht und Thema	11
1.3 Einstimmung	12
1.4 Lesehinweis	24
2 Effizienz, Konsistenz, Suffizienz:	
Der schräge Dreiklang der Nachhaltigkeit	27
2.1 Begriffsklärungen	27
2.2 Nachhaltigkeitsstrategien	28
2.3 »Suffizienz« als Kernstrategie zur Dekarbonisierung	30
2.4 Maßlosigkeit als Regel	34
2.5 Grenzen des Wachstums und zielgerichteter Strukturwandel	36
2.6 Offene Fragen und starke Antworten der Suffizienzpolitik	41
3 Schlaglichter: Wer verursacht, wer ist betroffen?	51
3.1 Ungleiche CO ₂ -Emissionsverursachung von Ländern	54
3.2 Personelle Ungleichverteilung der Verursachung des Klimawandels	58
3.3 Hauptprofiteur und Hauptverursacher: Der fossil-industrielle Komplex	65
3.4 Verursachung und Verantwortung	68
4 Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch?	85
4.1 »Exponentiell wachsende Vergangenheit« vs. »Entkopplung in der Zukunft«?	87
4.2 Globaler Energieverbrauch zukünftig entkoppelt?	90
4.3 »Circular Economy«: Hoffnungsträger für Entkopplung?	93
4.4 Politikintegration: Kreislaufwirtschaft hilft dem Klimaschutz	101

5	Suffizienzpolitik als Zukunftsperspektive	107
5.1	Der Startschuss des IPCC	107
5.2	Ein globales »soziales Transformationsszenario«	109
5.3	Ein integriertes Suffizienzscenario für Europa	111
5.4	Die deutsche Energiezukunft: Suffizienz unerwünscht?	114
5.5	Die »Zähler« sind wichtig, aber die »Erzähler« auch	119
6	Der Utopieverlust	127
6.1	Impulse für einen Zukunftsdialog: Wie soll es werden?	127
6.2	»Earth 4 All«: Von den Grenzen des Wachstums zu den Grenzen privaten Reichtums?	130
6.3	Nachhaltiger Sozialismus: Eine konkrete Utopie?	137
6.4	Degrowth und Kommunismus: Ein Systemsturz?	142
6.5	Prägt die Arbeit den Stoffwechsel von Kapital und Natur?	145
6.6	Imperiale Lebensweise: Kann sie solidarisch werden?	152
6.7	Ist die Zukunft schon verkauft?	159
6.8	Fehlt der Hauptakteur: eine transformative Partei?	163
6.9	Eine Zwischenbilanz der konkreten Utopien	168
6.10	Perspektivenwechsel	175
7	Denkanstöße zum transformativen Politikmix 2.0	195
7.1	Eine Neuausrichtung des Politikmix ist notwendig	197
7.2	CO ₂ -Bepreisung: Notwendig, aber nicht ausreichend	199
7.3	Ein gutes Leben für alle – mit weniger Energie	209
7.4	Denkanstöße gibt es viele, aber wer denkt darüber nach?	220
7.5	Learning by Disaster? Der angebliche »Heiz-Hammer«	240
8	Auf dem Weg zu einem transformativen Politikmix	249
8.1	Kohärenz der Basisstrategien sichern	250
8.2	Von der »impliziten« Suffizienzpolitik der Bundesregierung	252

8.3	Suffizienzstrategien im Rahmen einer transformativen Governance	255
8.4	Wie viel »System Change« ist notwendig?	256
8.5	Mehrebenenkoordinierung	258
8.6	Die Legitimität von Suffizienzpolitik	260
8.7	Übergreifende Maßnahmen einer transformativen Suffizienzpolitik	263
9	Maßstäbe für suffizientes Bauen und Wohnen	269
9.1	Rückblick aus dem Jahr 2035	269
9.2	Von der »Self-Fulfilling Prophecy« zur »Self-Fulfilling Sufficiency«	276
9.3	Warum es Suffizienz im Sektor Bauen und Wohnen braucht	277
9.4	Was verursacht die zunehmende Wohnfläche pro Person?	280
9.5	Potenziale für Suffizienz im Sektor Bauen und Wohnen	285
9.6	Von der Wohnraumversorgung zum Wohnraummanagement	287
9.7	Handlungsansätze auf verschiedenen politischen Ebenen	293
10	Gerechte Mobilität für alle durch Suffizienzpolitik	299
10.1	Aus der Mobilitätskrise eine Chance machen	300
10.2	Lebenswertere Städte durch den Rückbau von Straßen	301
10.3	Mehr Lebensqualität mit weniger Autos und einer anderen Verkehrspolitik	313
10.4	Ein Politikmix, der suffizientes Verhalten erleichtert(e)	323
10.5	Der Blick nach vorn	351
	Ausblick	358
	Literatur	359
	Danksagung	376
	Die Autor*innen	377

1 Prolog

1.1 Blick zurück aus der Zukunft

Bei der offiziellen Silvesteransprache der Regierung gibt es zum Jahreswechsel 2045/46 nicht den üblichen Aufruf zur »Solidarität mit unseren Mitmenschen« und zum »gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem unserem Lande«. Auch fehlt die Aufforderung, dass »ein Ruck durch unsere Gesellschaft gehen müsse« und dass »die Bewältigung der Zukunft unser aller Kraft benötigt«. Denn die bleierne Zeit der politischen Floskeln liegt hinter uns. Stattdessen spricht die Bundespräsidentin bei ihrer Rede zum Jahreswechsel im Rückblick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte schlicht von einer Erfolgsstory. Und sie kann auf Erfolge verweisen – wirklich für alle und gestützt auf handfeste Fakten.

Das deutsche Dekarbonisierungsziel ist erreicht, und auch weltweit besteht begründete Hoffnung, das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 (»well below 2 degrees«) in den verbleibenden fünf Jahren bis zur Jahrhundertmitte einhalten zu können. Das deutsche Energiesystem ist zu 100 Prozent erneuerbar und durch eine rapide Kostendegression von Wind- und Sonnenstrom sowie von Batteriespeichern wettbewerbsfähig und versorgungssicher. Dank attraktiver Mobilitätsangebote des Umweltverbundes (Schiene, ÖPNV, Sharing, Fahrrad) konnte der Pkw-Bestand halbiert und die bürgerfreundliche Umnutzung unnötiger Straßen, Parkplätze und Autobahnen vorangetrieben werden. Das Leitbild der »autogerechten Stadt« ist seit Jahren bereits Geschichte. Hochwertiger und bezahlbarer Mietwohnungsbau mit Passivhausstandard in menschenfreundlichen Wohn-, Arbeits- und Einkaufsquartieren erhöht die Lebensqualität für alle.

Die Schere zwischen Reich und Arm konnte durch Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie durch einen hohen Spitzensteuersatz auf Einkommen drastisch reduziert werden – alles steuerpolitische Maßnahmen, tatkräftig unterstützt durch die Reicheninitiative »Taxmenow«.

Der Verzicht auf ökologisch schädliche Subventionen ermöglicht jedes Jahr die alternative Verwendung eines Teiles der öffentlichen Mittel in Höhe von ehemals 65 Mrd. EUR für soziale und ökologische Zwecke. Steuerflucht und Steuervermeidung der Großkonzerne gehören dank energischer Regulierung der Vergangenheit an.

Statt hemmungslosen Wettbewerbs wird die Kooperation zwischen Unternehmen horizontal vorangetrieben, und vertikale Wertschöpfungsketten in Richtung einer ökosozialen Kreislaufwirtschaft werden ausgebaut. Schaufensterdebatten im Bundestag haben nur noch Seltenheitswert. Bürger*innenversammlungen, ausgeweitete betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, drastische Restriktionen für die Wirtschaftslobby und proaktive Bürger*innenpartizipation auf allen politischen Ebenen stärken die Demokratie.

Spekulative Finanzkrisen und profitgieriges Investmentbanking wurden durch eine ambitionierte weltweite Regulierung beendet. Das Finanzkapital und die Banken wurden auf ihre der Wirtschaft und Gesellschaft dienende Rolle zurückgeführt. Bereits vor vielen Jahren wurde auf Initiative der G20 eine Milliardär*innensteuer von 2 Prozent auf die Supervermögen der weltweit etwa 3.000 Milliardär*innen umgesetzt. Den ärmsten Ländern gewährte man einen Schuldenerlass; zudem werden sie pro Jahr aus den Einnahmen der Milliardär*innensteuer mit rund 250 Mrd. US-Dollar zur Bekämpfung der klimabedingten Fluchtursachen unterstützt.

Wirtschaftliches Wachstum wird schon längst nicht mehr als Selbstzweck angesehen und mit der Zielrichtung einer Wohlergehensgesellschaft nur in gesellschaftlich notwendigen oder nachhaltig relevanten Branchen gefördert, zum Beispiel bei der Aus- und Weiterbildung für gute Arbeit, bei der sozialen Integration von Geflüchteten, im Gesundheitswesen, bei der Kranken- und Altenpflege und in der Kultur, aber auch in erwiesenermaßen nachhaltigen Green-Tech-Branchen, z. B. Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität und sozial nützliche Digitalisierung. Der fossil-nukleare Komplex und andere Risikobranchen (wie z. B. die Atomenergie oder Formen von risikoreichem Geoengineering) wurden gleichzeitig auf null zurückgeführt. Ob das aufsummierte Jahresergebnis dieses staatlich forcierten sozial-ökologischen Struktur-

wandels ein wachsendes, konstantes oder geringeres Bruttoinlandsprodukt (BIP) anzeigt, ist für makroökonomische Modellierung und einige finanzierungstechnische Fragen interessant. Aber, wie früher üblich, das BIP als den entscheidenden wirtschaftlichen Erfolgs- oder sogar als Wohlstandsindikator zu betrachten, löst bei VWL-Student*innen nur noch ungläubiges Kopfschütteln aus.

Kurz: Die scheinbar grenzenlos wachsende Kapitalakkumulation und die konkurrenzgetriebene maximale Kapitalverwertung wurde durch richtungsweisende staatliche Regulierung gezähmt mit dem Ziel des Klima-, Ressourcen- und Menschenschutzes. Einige Schlüsselsektoren wie z. B. systemrelevante Großkonzerne, die Bahn, die Telekommunikation und überregionale Energietransportnetze wurden vergesellschaftet. Zielsetzung war dabei keine bürokratische Verstaatlichung, sondern eine umfassende Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen. Profit, Wettbewerb und Innovationen erhielten durch zielorientierte Regulierung eine nachhaltigere Richtung. Die generelle gesellschaftspolitische Leitlinie lautet: konsequente Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation und Stärkung der demokratischen Strukturen bei der Umsetzung in Wirtschaft und Politik.

1.2 Absicht und Thema

Der japanische Wissenschaftler Kohei Saitō (Saitō, 2023) skizzierte im Jahr 2023 unter Berufung auf den »späten Marx« ein visionäres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell und prägte dafür den – besonders für deutsche Leser – provokanten Begriff »Degrowth-Kommunismus«. Weil alles, was nicht kapitalistisch ist, unter Verweis auf die »DDR-Diktatur« (Bundesstiftung Aufarbeitung, 2021) als »kommunistisch« eingestuft wird, ist ein unbefangener Diskurs über gesellschaftspolitische Zukunftsvisionen in Deutschland schwerer als z. B. in den USA, in Frankreich oder in Japan.

Wir wollen in diesem Buch nicht über unklare oder ideologisch deformierte Begriffe streiten, sondern faktenbasiert vorgehen und unsere Leser*innen zu einem offenen Dialog über Zukunftsvisionen einladen. Allerdings würden wir gern den Diskurs thematisch erweitern, ohne uns alle Positionen wie zum Beispiel die von Saitō zu eigen zu machen. Dazu ver-

gleichen wir im Abschnitt in Kapitel 6 deutsche Publikationen aus jüngerer Zeit, die sich explizit mit gesellschaftlichen Zukunftsvisionen beschäftigen.

Die soeben für 2045 skizzierten Zukunftsperspektiven klingen aus heutiger Sicht vielleicht zu visionär und zu provokant, wir halten sie als Autor*in-entwurf aber für technisch machbar, für politisch mehrheitsfähig und für wissenschaftlich gut begründbar. Unsere Einladung an alle Leser*innen ist, diese Zukunftsperspektiven zu teilen, sie zu verwerfen oder auch sie weiterzuentwickeln. Wir haben uns bemüht, kein Doomscrolling durch die multiplen Weltkrisen zu betreiben, sondern – zur Überwindung der Polykrise – über mehrheitsfähige, positive Visionen und Narrative für wünschbare Zukunftsszenarien nachzudenken.

Wie wollen wir in Zukunft leben? Wie ist es heute? Wie wird es sein? Wie soll es sein? Das sind scheinbar einfache Fragen, die Jutta Allmendinger (Allmendinger, 2017) einer repräsentativen Anzahl von Deutschen vorgelegt hat mit einem unerwarteten Ergebnis quer durch alle sozialen Milieus und Schichten. Der gemeinsame Tenor war: So, wie die Zukunft gewünscht wird, wird sie voraussichtlich nicht eintreten.

Wir interpretieren solche offenbar verbreiteten skeptischen Zukunftserwartungen so, dass eine »Transformation« von den meisten als unvermeidlich angesehen wird – was auch immer mit diesem Allerweltswort gemeint sein mag. Viele sehen eine Transformation mit Sorge und Verunsicherung, andere hoffen auf eine bessere Zukunft. Und damit sind wir mitten in unserem Thema.

1.3 Einstimmung

Dazu bedarf es zu Beginn einer kleinen Einstimmung: Dieses Buch ist eine Zumutung für ungeduldige Leser*innen! Es handelt aus heutiger Sicht (2024) von einer zukünftigen radikalen »gesellschaftlichen Transformation«, also von einem Konzept, das heute beinahe zur Worthülse geworden ist. Angesichts eines weitverbreiteten Unbehagens über den Zustand der Welt hat offenbar der weiterhin unscharfe Begriff »gesellschaftliche Transformation« (der WBGU spricht immerhin von einer »großen Transformation«, 2011) den noch wachswecheren Begriff »gesellschaftlicher Wandel«

in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien abgelöst. Trotzdem bleibt auch der Begriff »gesellschaftliche Transformation« – ob bewusst oder unbewusst – seltsam unscharf.

Denn grundlegende, aber eigentlich naheliegende Fragen bleiben unbeantwortet: Was genau soll in Gesellschaft und Wirtschaftsordnung *von wo, von wem und wohin transformiert werden?* Und welche Rolle spielt dabei das Verhältnis von Natur, Gesellschaft und Ökonomie? Diese zentralen Fragen wollen wir uns vornehmen, und die Zumutung liegt darin, dass wir bei den Antworten auf Leser*innen hoffen, die uns auf einer längeren Reise begleiten: eine Reise durch grundsätzliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Veränderungen in ein neues Verhältnis von Natur und Gesellschaft.

Im Mittelpunkt steht auch die Veränderungsbereitschaft von Menschen – Menschen mit teilweise stark unterschiedlichem sozialem Status, politischem Einfluss und Zugang zu Ressourcen: Reiche und Arme, Kapitalist*innen und Lohnabhängige, Gläubiger*innen und Schuldner*innen, Mächtige und Ohnmächtige, Konzerne und Mittelständler*innen, Vermieter*innen und Mieter*innen, Männer und Frauen, Kinder und Rentner*innen. In der Realität gibt es wegen dieser Unterschiedlichkeit von gesellschaftlichen Rollen, Schichten, Klassen und Interessen keine scheinbar interessenhomogene »Wir«-Gesellschaft, wie es von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft immer wieder suggeriert wird. Daher mahnen wir zur Vorsicht vor absichtsvoller Verschleierung von Ungleichheit. Denn allzu häufig ist von »wir«, »unser« oder »wir alle« etc. die Rede, und dann – ohne weitere soziale Differenzierung – wird von »uns allen« Veränderungsbereitschaft angemahnt. Wenn »wir den Gürtel enger schnallen sollen«, meinen Ökonom*innen in Talkrunden aber in aller Regel nicht sich selbst, sondern »die anderen« oder, präziser, »die da unten«. Das aber stellt, wie wir zeigen werden, die Realitäten auf den Kopf.

In ungleichen Gesellschaften wie in Deutschland gibt es besonders einkommens- und vermögensstarke Hauptverursachende und viele Hauptleidtragende von Umweltschäden und Umweltzerstörung. Und das gilt erst recht im Weltmaßstab für das Verhältnis vom reichen globalen Norden (einer Minderheit der Weltbevölkerung) zum ausgebeuteten globalen Süden (der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung).

Die Nichtwahrnehmung oder Verschleierung wachsender Ungleichheit ist nicht nur Realitätsverweigerung, sondern für eine gesellschaftliche Konsensbildung und für tragfähige gesellschaftliche Lösungsansätze desaströs. Die Leitidee dieses Buches ist daher: Die aus gravierender sozialer Ungleichheit erwachsenen Widersprüche und Ungerechtigkeiten müssen identifiziert und transparent angesprochen werden (siehe Kapitel 7), damit belastbare und mehrheitlich akzeptierte Lösungsansätze gefunden werden können.

Wir konzentrieren uns dabei auf die Basisfakten der ökonomischen Ungleichheit: Trotz der gegebenen Vielfalt der Mentalitäts- und Interessengegensätze sowie Konfliktebenen halten wir diese letztlich für grundlegend (vgl. zur aktuellen soziologischen Forschung z.B. Eversberg et al., 2024). Sich in einer Demokratie auf formelle Gleichheit vor dem Gesetz zu berufen, verdeckt bewusst oder unbewusst gesellschaftliche Ungleichheit – sei es in Bezug auf Vermögen, Macht und Einkommen oder auch hinsichtlich der Verantwortungsbereiche in sehr ungleichen sozialen Rollen. Wir stehen als Bürger*in mit (im Prinzip) gleichen Rechten und Pflichten morgens auf und pflegen tagsüber z.B. Alte und Kranke oder entscheiden z.B. über ein Millioneninvestment in fossile Energien.

Vor diesem Hintergrund und angesichts von Klimanotstand und der Dringlichkeit massiver Klimaschutzmaßnahmen ist für demokratische Gesellschaften die soziale Frage eine anspruchsvolle, aber unabweisbare Herausforderung. Denn über reale soziale Ungleichheit und über die gravierenden Unterschiede bei Verursachung und Lasten des Klimawandels aufzuklären, ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Lösungsansätze. Zwar ist es für den Erfolg einer großen sozial-ökologischen Transformation entscheidend, ob und wie ein »Gemeinschaftswerk« (Bundesregierung, 2011) gelingt – über soziale Spaltung, massive Interessenwidersprüche und Machtansprüche der Parteien hinweg. Aber über Transformation zu reden und die soziale Ungleichheit zu ignorieren und nicht aktiv abzubauen, ist Gift für die Demokratie. Die Mehrheit der Wähler hat ein feines Gespür für offensichtliche Ungerechtigkeiten. Die EU hat das früher erkannt als die Bundesregierung: »Just Transition« (eine gerechte Transformation) und Kampf gegen »Energiearmut« sind Stichworte aus Brüssel, nicht aus Berlin.

Konsensfindung und Mehrheitsbildung sind bei ungleichen demokratischen Gesellschaften vor allem dann von entscheidender Bedeutung, wenn es um radikale gesellschaftliche und ökonomische Transformation z. B. in Richtung auf nahezu vollständige Dekarbonisierung¹ geht. Demokratie bedeutet ihrer Herkunft aus dem Griechischen zufolge »Volksherrschaft«. Volksherrschaft zielt nicht darauf ab, dass in realen Demokratien das Finanz- und Industriekapital und deren Lobbyheer herrschen und auch nicht die Parteien², sondern darauf, dass das Volk den staatlichen Souverän (die oberste Staatsgewalt) bildet und politische Entscheidungen durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung gefällt werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass ausgewiesene Autokraten (wie z. B. Trump, Putin, Bolsonaro oder Erdoğan) auch durch politische Mehrheiten an die Macht kommen konnten. Dass in sogenannten »illiberalen Demokratien« (Zakaria, 1997)³ Mehrheitswillen und -entscheidungen manipuliert und sogar ins Gegenteil gewandelt werden können – in Autokratien oder sogar faschistischen Diktaturen gegen eigentliche, mehrheitliche Volksinteressen –, dies bildet eines der massivsten Hemmnisse für eine Transformation hin zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.

An dieser Stelle soll eine der Hauptthesen des Buches vorgestellt werden: Der gefährlichste Nährboden für rechte und reaktionäre Bewegungen und illiberale Demokratien ist die derzeitige reale, oft verschleierte (»jeder ist seines Glückes Schmied«) und keinesfalls entschieden bekämpfte soziale

-
- 1 Wir benutzen in diesem Buch die Begriffe »fast vollständige Dekarbonisierung«, »Treibhausgasneutralität« oder englisch »Net Zero« für ein Zielsystem, bei dem restliche, schwer zu vermeidende (»hard to abate«) Emissionen von Treibhausgasen so weit wie möglich durch natürliche (z. B. Wälder, Böden oder Moore), aber auch im noch notwendigen Maße durch technische CO₂-Entnahmen (Direct Air Capture/DAC; CCS; CCUS) ausgeglichen werden.
 - 2 Wie Parteienstreit ein »Gemeinschaftswerk« in der Demokratie blockieren kann, zeigt exemplarisch die Zertrittenheit der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP in den Jahren 2022 bis 2024. Noch problematischer für den investiven Klimaschutz und die Förderung der sozialen Kohärenz ist aber, wie die CDU in einer Situation des Klimanotstands aus machtpolitischem Kalkül und ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl die sogenannte Schuldenbremse gegen ein Zukunftsinvestitionsprogramm ins Feld führt.
 - 3 Es wird angenommen, dass Fareed Zakaria den Begriff »illiberal democracy« erstmalig 1997 in *Foreign Affairs* verwendet hat.

Ungleichheit in den meisten Ländern wie auch im globalen Maßstab.⁴ Das bedeutet im Umkehrschluss: Eine grundsätzliche gesellschaftliche Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung einer nahezu vollständigen Dekarbonisierung ist ohne gleichzeitigen umfassenden Einsatz für mehr soziale Gleichheit und Gerechtigkeit in einer Demokratie unmöglich. Beim Klimaschutz geht es im Kern also um die soziale Frage. Und ambitionierte Klimaschutzpolitik kann in Demokratien umso mehr aktive Unterstützer*innen finden, je mehr sie mit einem überzeugenden gesellschaftlich positiven Zielnarrativ und fühlbar energischen Schritten gegen soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit in Zusammenhang gebracht wird. Das meint unser Titel »KlimaGerecht« im nationalen wie auch im globalen Maßstab.

Auch wenn es mittlerweile einige Energiekonzerne gibt, die die Energiewende unterstützen, gibt es noch immer viele Profiteur*innen des mächtigen fossil-industriellen Komplexes, die alles dafür tun, den Status quo und die möglichst lange Weiternutzung fossiler Energien als beste aller Welten zu verkaufen. Denn dann erscheinen Schritte zur Dekarbonisierung immer als Verlust statt als Gewinn. In ungleichen Gesellschaften und für eine lebendige Demokratie ist das Schüren von Verlustängsten aber gemeingefährlich. Denn damit wird der Nährboden für illiberale Demokratien bereitet. Wie zum Beispiel mit dem medial entfachten Shitstorm gegen den Austausch fossiler Heizungen (»Heiz-Hammer«) (vgl. die Kampagne der Bild-Zeitung gegen das Gebäudeenergiegesetz [GEG], Bender, 2023) oder der skandalösen Propaganda für den Verbrenner (»Dead in 35« statt »Fit for 55«, AfD Brandenburg, 2022) durch die AfD, wobei mitunter maßlose Hetze gegen »die da oben« betrieben und immer »Politik- und Demokratieverdrossenheit« geschürt werden.

Wie dabei gesellschaftliche Verluste und Gewinne verdreht werden, hat Friederike Otto (FO), die mit der Attributionsforschung einen eigenen Bereich der Klimatologie begründete, in einem Interview (Frankfurter Rundschau FR, 2023, S. 8) sehr pointiert auf den Punkt gebracht:

4 Eine wesentliche Frage in diesem Kontext ist, wie Ungleichheit im Parlament repräsentiert wird. Auf die vielfältigen Gründe der Unterrepräsentierung z.B. von Abgeordneten aus der Arbeiterklasse auch in links-grünen Parteien in Deutschland kann hier nicht eingegangen werden (vgl. hierzu zum Beispiel Elsässer, 2024).

FR: »Sie benutzen für die Klimakrise die Analogie zu einer Mörderbande, die wir alle kennen und die trotzdem niemand am Morden hindert.«

FO: »Genau. Da wird ab und zu freundlich darauf hingewiesen, man könnte auch andere Waffen benutzen. Es passiert aber nicht das, was wir seit Jahrzehnten wissen, was passieren soll – nämlich die völlige Abkehr von fossilen Brennstoffen.«

FR: »Das Problem an dieser ›Mörderbande‹ ist ja auch, das wir durch unseren Lebenswandel von ihr profitieren – zum Beispiel weil wir Auto fahren oder mit Gas heizen wollen.«

FO: »Das ist eine falsche Sichtweise. Denn wir profitieren davon, dass wir eine Heizung haben, aber dass sie mit Gas läuft, davon profitieren wir nicht. Die Einzigen, die davon tatsächlich profitieren, sind die Gaskonzerne [...] das Verbrennen fossiler Brennstoffe wird so dargestellt, als ob es unseren Lebensstandard ermöglicht.«

Wir zitieren diesen Interviewausschnitt so ausführlich, weil daran – wenn auch mit dem Begriff »Mörderbande« stark pointiert⁵ – wesentliche und generelle Einsichten zur staatlichen Prozesssteuerung und zum Energie-lobbyismus am Beispiel der Transformation von Heizsystemen (fossile zu erneuerbaren) verdeutlicht werden können:

Erstens zeigt sich deutlich, wie infrastrukturell basierte Nachfrage (z. B. die Nutzung von Gasheizungen) durch das Angebot (leitungsgebundenes Gas) determiniert wird. Individuelle Investitionsentscheidungen einzelner Nutzender können die Strukturen nicht ändern. Eine Heizung ist für Nutzende in unseren Breiten allerdings buchstäblich überlebensnotwendig. Erst wenn Anbieter*innen (»der Markt«) für alle Gebäude vollständig erneuerbare Heizwärme, z. B. eine Wärmepumpe, ausschließlich betrieben mit Ökostrom, oder grüne Nahwärme, bereitstellen, ist eine flächendeckende dekarbonisierte Wärmeversorgung möglich. Zuvor haben individuelle Nachfrager*innen – von Pelletheizungen oder Solarwärme abgesehen – oft nur die Wahl

5 Ob auch die deutsche Erdgaswirtschaft oder generell vor allem die globale Öl- und Erdgaswirtschaft mit diesem Begriff in Verbindung gebracht werden soll, wird in diesem Interview nicht deutlich; Tatsache ist aber, dass die deutsche Erdgaswirtschaft bei der Verlängerung der fossilen Lock-in-Effekte durchaus eine aktive Rolle gespielt hat und noch immer spielt.

zwischen (fossiler) Pest (Ölheizung) und Cholera (fossil basierte Nah- und Fernwärme.) Die Nutzer*innen wurden von der Gaswirtschaft massiv ermuntert und wählten dann auch massenhaft das – eine Zeit lang – kleinere und kostengünstigere Übel (Statista, 2024b),⁶ die leitungsgebundene Gasheizung.

Aber die Zeiten scheinbar versorgungssicheren und preisgünstigen Erdgases sind mit der Einstellung russischen Gasimports und im Zuge forcierten Klimaschutzes für immer vorbei. Die Gaswirtschaft hat hierauf mit einer raffinierten Kampagne geantwortet: »Auch wenn manche etwas anderes behaupten: Die Bedeutung von Gas wird wachsen, damit unser Land klimaneutral wird.« (»Zukunft Gas«, 2024) Raffiniert ist diese Kampagne deshalb, weil unter dem Begriff »Gas« ganz bewusst verschiedene Bedeutungen undifferenziert subsumiert werden: fossiles Erdgas, Wasserstoff (blauer Wasserstoff aus Erdgas und CCS oder auch grüner Wasserstoff aus der Elektrolyse mit grünem Strom) und Biogas auf der Angebotsseite sowie die sehr unterschiedlichen Verwendungszwecke von Erdgas oder Wasserstoff auf der Nachfrageseite (z. B. in sogenannten »H2-ready«-Erdgas-Spitzenlast-Kraftwerken oder auch in sogenannten »H2-ready«-Heizwärmesystemen für Gebäude). Das trägt nicht zur Aufklärung der Verbraucher*innen z. B. über die zukünftige Verfügbarkeit und die Kosten von Wasserstoff bei. Und es steigert das Risiko, dass der Lock-in-Effekt in fossilem Erdgas verlängert und die illusionäre Hoffnung auf eine einfache und kostenneutrale Umrüstung von individuellen Erdgasheizungen auf Wasserstoff genährt wird. Im Jahr 2023 wurden nach Angaben der Heizungsindustrie nahezu boom- bzw. panikartig rund 791.000 Gas- und Ölheizungen verkauft, 32 Prozent mehr als 2022, und davon 60 Prozent Erdgasheizungen (vgl. SPIEGEL, 2024).

Insofern liegt also *zweitens* die klimarelevante Hauptverantwortung nicht bei einzelnen Heizungseigentümer*innen, sondern bei den Verursacher*innen und Profiteur*innen massenhafter leitungsgebundener fossiler Gasversorgung für Heizwärme, in diesem Fall also bei der Gas- und Heizölwirtschaft. Zwischen deren Milliardenumsätzen und dem Nutzen einzelner Nachfragender nach Heizwärme liegen offensichtlich Welten. Der ohnehin hohe Anteil von Wohnungen, die dezentral vorwiegend mit Erdgas (rund

6 Der Anteil von Erdgasheizungen stieg von 37,4 Prozent (1995) auf 49,5 Prozent (2021).

48 Prozent) bzw. mit Öl (rund 24 Prozent) beheizt werden, ist zwischen 2019 und 2023 nur minimal gesunken. Zusammen mit dem Anteil ebenfalls vorwiegend fossil beheizter Fernwärmewohnungen (rund 14 Prozent) wird die enorme Aufgabe der Defossilisierung der Heizwärme deutlich: Innerhalb von 20 Jahren müssen gut 80 Prozent aller Wohnungen auf Wärmepumpen oder grüne Nahwärme umgestellt werden. Die »Zukunft Gas«-Kampagne hat dazu beigetragen, diesen ohnehin komplizierten Transformationsprozess weiter zu erschweren.

Zudem lässt sich *drittens* das von Friederike Otto gewählte Beispiel der Gasbranche auf die noch fataleren Energieproduzent*innen von Kohle und Erdöl übertragen, Konzerne, die nach wie vor in großem Umfang und verantwortungslos an der Erschließung neuer fossiler Quellen verdienen wollen (vgl. hierzu Kapitel 3.)

Auch in Bezug auf die Hauptnutznießer*innen einer verlängerten Pfadabhängigkeit von Erdöl lässt sich einiges lernen, wie am Beispiel der Autoindustrie zu sehen ist: Die Hauptverantwortung für den hohen Anteil an Klimaschäden durch die höchst profitable SUV-Marktexpansionsstrategie (Team JATO, 2022)⁷ tragen die Autokonzerne – zu einem ungleich höheren Teil als einzelne SUV-Käufer*innen. In den Jahren 2013 bis 2021 investierten die Automobilhersteller*innen für Werbung in Deutschland rund 1,78 Mrd. EUR im Jahr. Und man geht bestimmt nicht fehl in der Annahme, dass der überwiegende Werbeaufwand dem Verkauf von SUVs galt, die derzeit eine höhere Rendite pro Auto einbringen als ein mittlerer oder kleiner Pkw (vgl. Schwarzer, 2024). Gleichwohl muss auch Käufer*innen deutlich werden, dass sie sich – aus Sicht des Klima- und Ressourcenschutzes – unverantwortlich entschieden haben: für eine ökologisch höchst zweifelhafte Form des motorisierten Individualverkehrs.

Und *viertens* muss bei dieser auf das Energieangebot fixierten Diskussion thematisiert werden, dass und wie sozial gerechte Suffizienzpolitik helfen könnte, unnötigen Energieverbrauch generell zu reduzieren; z. B. durch die Förderung von Gebäudeumnutzung, von Wohnungstausch oder von Redu-

7 Laut IEA 2019 waren weltweit – in Bezug auf den Zuwachs an CO₂-Emissionen in den Jahren 2010 bis 2019 – SUVs die zweithöchste CO₂-Emittentengruppe. Der Anteil von SUVs an den Neuwagenverkäufen lag europaweit im ersten Halbjahr 2022 bei 49,52 Prozent.

zierung der Wohnfläche, die je nach Lebensabschnitt («die Kinder sind aus dem Haus») nicht mehr benötigt wird (vgl. hierzu Kapitel 9). Denn gerade auch am Beispiel der Heizwärme oder der Automobilität fällt auf: Weder das Prinzip »Energy efficiency first« noch das Potenzial, unnötigen Energie- und Ressourcenverbrauch – unterstützt durch Suffizienzpolitik – zu vermeiden, spielen in der öffentlichen Kommunikation eine angemessene Rolle.

Kurz gesagt: Effizienz- und Suffizienzpolitik, intelligent eingesetzt, ergänzen sich hervorragend. Wenn der Staat mit dem pauschalen Argument »Erhalt von Arbeitsplätzen« die Automobilindustrie geradezu ermuntert, ihre Werbekampagnen für die fossile oder elektrisch übermotorisierte SUV-Flotte weiterzutreiben, statt Bedingungen für ein suffizienteres Mobilitätsverhalten zu unterstützen, dann macht er sich zum Komplizen einer nicht nachhaltigen Verkehrspolitik. Für den Gebäudebereich gilt Ähnliches: Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes (Stichwort: Restenergiebedarf, z. B. Passivhausstandard) wurde in jüngster Zeit durch die Diskussion über das Heizenergiegesetz und die kommunale Wärmeplanung wieder in den Hintergrund gedrängt, und die öffentliche Kommunikation wurde auf die Energieangebotsalternativen »Wärmepumpe oder (grüne) Nahwärme« verkürzt. Ein suffizienter und effizienter Umgang mit weniger Energie wurde damit implizit zur scheinbaren Privatsache erklärt. Noch problematischer wird es, wenn eine eigentlich dringend notwendige Kampagne zum Energiesparen auf Plakaten indirekt zur Antisuffizienzkampagne mutiert, nach dem Motto: Spart Energie, aber reist und leistet euch Komfort, so viel ihr könnt (BAFA, 2016). Die Kampagne ist zwar schon einige Jahre alt, aber die dahinterstehende Denkweise lebt fort – wenn effizient gehandelt wird, dann können wir als Gesellschaft Suffizienz vergessen.

Gerade beim Thema Suffizienz besteht die Gefahr, den einzelnen Bürger*innen die Verantwortung zuzuschieben. Wie viel konsumiert wird, das ist nach gängiger Auffassung eine individuelle Entscheidung. Die verkürzte Interpretation, dass Suffizienz nur durch persönlichen Verzicht zu erreichen sei, klebt am Suffizienzbegriff wie Pech – solange nicht erkannt wird, dass dem Staat die Verantwortung zukommt, eine Ermöglichungskultur für suffizientes Handeln durchzusetzen.



Abbildung 1: Effizienzkampagne (Quelle: BAFA, 2016)



Abbildung 2: Effizienzkampagne
(Quelle: BAFA, 2016)

Eine ähnliche Perspektive haben ökologische Ökonom*innen wie Julia Steinberger, die zu den Leitautor*innen des IPCC zählt: das Konzept der »Systems of Provision«. Ein solches System produziert z.B. nicht Autos, sondern »Autoabhängigkeit«. Wechselseitige Abhängigkeiten bestehen zwischen 6 Faktoren:

1. der Automobilindustrie, die sich für ihre Interessen gegenüber der Politik einsetzt,
2. dem Design von Verkehrsinfrastrukturen, die vornehmlich durch Autos genutzt werden können,
3. Suburbanisierung und zunehmenden Reisedistanzen,
4. unattraktivem Nahverkehr, der häufig auf denselben Infrastrukturen wie der Autoverkehr abgewickelt wird,
5. dem »Autokult«, der dem Auto ein Flair von Unabhängigkeit und Coolness zuordnet, und
6. einem flexiblen und mobilen Lebensstil, wobei die erzwungene Mobilität z. B. durch lange Arbeitswege ignoriert wird.

Die Verringerung von unnötigem (Ressourcen-)Verbrauch oder die Verantwortung für die Herstellung umwelt- und klimaschädlicher Produkte kann laut diesem Konzept nicht auf den individuellen Nachfrager verkürzt werden. Es gilt, durch infrastrukturelle, preisliche und informatorische Politikmaßnahmen das gesamte Versorgungssystem zu adressieren und zu ändern.

Ähnliche Überlegungen gelten auch für das Bedürfnisfeld »Wohnen«, obwohl es in wesentlichen Aspekten noch komplexer ist als das Bedürfnisfeld »Mobilität«. Denn »Wohnen« umfasst die Dimensionen Sicherheit, Geborgenheit, Komfort, nachbarschaftliches Umfeld und generell den »Raum« und »Ort« von Heimat. Ob dieser gewünschte »Raum« durch das »Eigenheim im Grünen«, die Stadtwohnung in der City oder eine Mietwohnung mit bester Verkehrsanbindung im Speckgürtel oder auf dem Land dargestellt ist, hängt zweifellos nicht nur vom sozialen Status, der Bezahlbarkeit und den vorherrschenden Leitbildern ab, sondern auch vom »System of Provision«. Die Ungleichheit beim Zugang zu Mobilität und Wohnen ist eine grundlegende Determinante beider Bedürfnisfelder.

Wie sozial und gesellschaftspolitisch relevant ein differenzierter Blick auf soziale Ungleichheit ist, wird besonders in Bezug auf eine sozial gerechte Klima- und Energiepolitik oder ganz allgemein auf eine gerechte Transformation (die EU spricht von »Just Transition«) deutlich. Auch für den Politikmix der Klimapolitik gilt der einfache Grundsatz: Ungleiches gleich zu behandeln, führt zu oder verschärft Ungerechtigkeit. Gerecht ist, wenn bestehende Ungleichheiten aufgedeckt und so weit wie möglich auch durch den Klima- und Energiepolitikmix abgebaut werden.

Der gesamte Politikmix – also das derzeitige Instrumentarium der Energie- und Klimaschutzpolitik – muss auf den Prüfstand, ob und inwieweit er bestehende soziale Ungleichheit verstärkt oder ob er möglicherweise hilft, Ungleichheit abzubauen. Das scheinbar einfache Prinzip »Fördern und fordern« oder die »über den Preis steuernden Instrumente« (etwa Steuern oder Zertifikate) haben oft genug eine negative, aber öffentlich nicht ausgewiesene Verteilungswirkung. Sie muss explizit transparent gemacht und, wenn sie unerwünscht ist, verändert werden, weil sie bei der gesellschaftlichen Akzeptanz eine wesentliche Rolle spielt.

Im Anschluss an Piketty kann hinsichtlich einer sozialen Flankierung der Umsetzungseffekte des Energie- und Klimapolitikmix von »positiver sozialer Diskriminierung« (Piketty, 2022) gesprochen werden. In Kapitel 8 werden wir Kriterien und grundlegende Beispiele vorstellen für einen »Transformativen Politikmix 2.0«, insbesondere für den Gebäude- und Verkehrssektor, und diese unter dem verkürzten Stichwort »positive soziale Diskriminierung« diskutieren (vgl. Kapitel 9). Wegen der möglichen negativen Konnotation von »Diskriminierung« kann aber auch von einer strikten sozialen Flankierung des Politikmix gesprochen werden.

Bereits an dieser Stelle sei betont, dass es nicht darum geht, das originäre Politikfeld Sozial- oder Steuerpolitik abzulösen und in ein übergreifendes Politikfeld »Klimasozialpolitik« einzugliedern (vgl. Knopf et al., 2024b). Wir verstehen Klimasozialpolitik im Sinne des Instituts für Klimaschutz und Soziales gemeinsam und damit zum Nutzen der Bevölkerung umgesetzt werden können [...] Die Transformation zur Klimaneutralität betrifft fast alle Lebensbereiche und bedeutet Wandel auf

vielen Ebenen. Die entscheidende Frage ist, wie die Chancen, Kosten und Herausforderungen dieses Wandels verteilt werden [...] Für uns bedeutet Klimasozialpolitik zum einen, die sozialen Auswirkungen der Klimapolitik und die Klimawirkungen der Sozialpolitik zu analysieren. Darüber hinaus denken wir dabei Klima und Soziales in den relevanten Lebensbereichen zusammen.« (Ebd., o. S.)

1.4 Lesehinweis

Schön, liebe Leser*innen, dass sie uns bis hierher gefolgt sind!

In den nächsten Kapiteln errichten wir eine Art Themenspeicher. Aus ihm können sich interessierte Lai*innen oder auch versierte Expert*innen die Teile herausnehmen, die ihnen wichtig erscheinen. Das gesamte Themenfeld ist komplex, teilweise noch unerforscht und wurde kaum systemisch und interdisziplinär aufgearbeitet. Von daher ist dieses Buch »Work in Progress« und wirkt hoffentlich wie der Stein, der, ins Wasser geworfen, Wellen schlägt und andere mitreißt und zur Weiterarbeit animiert.

Wer das 2. Kapitel nach den Begriffserklärungen (2.1) nur noch überfliegt, der kann den roten Faden im 3. Kapitel gut wieder aufnehmen. Auch das 5. Kapitel liefert eher Stoff für Expert*innen quantifizierter Zukunftsszenarien. Der kleine Abschnitt 5.5. sei aber auch dem interessierten Lai*innen empfohlen, weil er Hintergrundwissen zur Einordnung von quantifizierten Zukunftsbildern bietet.

Das 6. Kapitel richtet sich an jene, über die Helmut Schmidt – seinerzeit vielleicht zu Recht – urteilte: »Wer Visionen hat, der sollte zum Arzt gehen.« Heute würde er vielleicht sagen (wie wir auch): »Ohne Visionen doktern wir zur Krisenbekämpfung bestenfalls an Symptomen herum.« Die Kurzimpulse 6.1.–6.9. fordern zur Klärung heraus: Wie soll es werden, das »gute Leben«? Wohin soll die Transformation führen?

Eine Gesellschaft wie die deutsche mit einem derzeit notorischen Utopieverlust wird ziellos. Und ohne Ziel führen die Mittel der Realpolitik zu oft auf Abwege. Wer nach Denkanstößen sucht, findet sie in Kapitel 7. Mutige Realpolitiker*innen der Zukunft können sich mit dem 8. Kapitel schließlich auf den Weg zum transformativen Suffizienz-Politik-Mix begeben. Die

Kapitel 9 und 10 zeigen abschließend für die Sektoren »Bauen und Wohnen« wie auch »Mobilität«, dass der Weg längst geebnet ist und mit konkreten Utopien vor Ort schon außerordentlich kreativ und vielfältig experimentiert wird. Wer es einfach und anschaulich haben möchte, der kann sich auch nur auf diese beiden Kapitel konzentrieren.

Die Zukunft braucht einen mutigen Kurswechsel – weniger Ressourcenverbrauch und weniger Ungleichheit. Der Schlüssel hierzu lautet: soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit verbinden!

Dieses Buch stellt revolutionäre Ansätze vor: Städte, die Parkplätze in bürgerfreundliche Oasen verwandeln, Wohnungen, die clever geteilt statt neu gebaut werden, und Mobilität, die allen zugutekommt – ohne Blechlawinen und CO₂-Schleudern. Pointiert wird aufgezeigt, wie eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft Realität werden kann – wenn wir den Mut haben, neu zu denken und gemeinsam zu handeln.

Eine Einladung, aktiv eine lebenswerte Welt mitzugestalten, und ein Aufruf zu einer neuen Politik, die Effizienz, Konsistenz und Suffizienz vereint – für mehr Klimaschutz und die Einhaltung planetarer Grenzen.

